

**Klausurtagung des Vorstands
der CSU-Landtagsfraktion
am 22. September 2025
im Kloster Banz**



„Unser Staat ist reformfähig!“

1 Wir dürfen die Bürgerinnen und Bürger sowie Wirtschaft und Mittelstand nicht weiter
2 mit immer komplizierteren Vorgaben belasten und unter Generalverdacht stellen. Wir
3 setzen stattdessen auf mehr Eigenverantwortung für Bürgerinnen und Bürger wie
4 Unternehmen. Wir müssen Strukturen verschlanken und auf Vertrauen statt
5 Misstrauen setzen.

6 Wir brauchen eine Staatsmodernisierung! Regeln und Regulierungen sind für ein
7 geordnetes Miteinander unabdingbar, sonst wären Willkür und Beliebigkeit Tür und
8 Tor geöffnet. Doch Bürokratie, Verwaltungsvorschriften und überzogener Datenschutz
9 hemmen den Fortschritt massiv, ohne dass dadurch immer ein Gewinn an Sicherheit
10 entsteht. Das kann so nicht weitergehen; das führt in die Sackgasse. Noch immer
11 müssen im Digital-Zeitalter analoge Abläufe eingehalten werden. So wie damals in den
12 1990er Jahren. Die vorherrschende Misstrauenskultur mit ihren präventiven Kontrollen
13 samt Dokumentations-, Statistik- und Nachweispflichten bremst unser Land.

14 Auch können wir die Stellen im öffentlichen Dienst nicht immer weiter mehren.
15 Gleichzeitig müssen wir in der Lage sein, das notwendige Personal zu gewinnen und
16 zu halten. Geburtenstarke Jahrgänge (Babyboomer) treten gerade den Ruhestand an.
17 Der Mangel an hochqualifizierten Fachkräften betrifft nicht nur die Privatwirtschaft,
18 sondern auch den öffentlichen Dienst. Überkommene Prozesse sind unattraktiv und
19 beim Wettbewerb um die besten Köpfe ein Nachteil, bei dem auch die Gefahr besteht,
20 Bestandspersonal zu verlieren.

21 Am Ende zählt für die Menschen, dass sie unkompliziert und komfortabel zu ihrem Ziel
22 kommen. Das ist vergleichbar mit dem Online-Händler des Vertrauens, bei dem man
23 mit wenigen Klicks neben Büchern auch Lebensmittel und elektronische Geräte kaufen
24 kann. Das Ziel ist klar: Die Bedürfnisse müssen erfüllt werden. Die Strukturen dahinter
25 sind den Menschen egal. Die Verwaltungsprozesse müssen laufen, nicht der Bürger!
26 Es muss einfach funktionieren. Dann ändert sich auch die Einstellung der Menschen
27 zum Staat.

28 Wir sind sicher: Unser Staat ist reformfähig! Wir haben auch schon viel erreicht. Auch
29 im Bund gibt es Dank der unionsgeführten Bundesregierung nun endlich ein
30 Ministerium für Digitales, das sich gleichzeitig auch um die Staatsmodernisierung
31 kümmert. Unsere Erwartungen sind hoch. Mehr Digitalisierung muss stets auch zu
32 mehr Vereinfachung, mehr Geschwindigkeit und weniger Kontrollen führen, eine
33 bloße Verlagerung analoger Prozesse ins Digitale wäre kontraproduktiv.

34 Im Rahmen des „Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramms 2030“ haben wir
35 mit den Modernisierungsgesetzen Entbürokratisierung und Deregulierung in Bayern

mit 700 Einzelmaßnahmen massiv vorangetrieben, Vorschriften beleuchtet und bürokratische Vorgaben reduziert. Wir müssen entbehrliche Bürokratie abschaffen. Im Mittelpunkt müssen Augenmaß und praxistaugliche Regeln stehen, Regelungen, die für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sind und für Behörden und Ämter handhabbar. Die Herausforderung liegt dabei darin, verschiedene legitime Interessen in Einklang zu bringen. Bürokratierückbau ist aber nur möglich, wenn jede Interessengruppe wirklich dazu bereit ist, Zugeständnisse zum Wohle aller zu machen.

Gleichzeitig müssen wir die Potenziale moderner Zukunftstechnologien nutzen, zum Beispiel im Rahmen der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Hier könnten durch eine weitere digitale Automatisierung und durch den Einsatz von KI Vorgänge weiter beschleunigt werden.

Es reicht aber nicht, nur Abläufe zu digitalisieren. Neben der Entbürokratisierung und der Verwaltungsdigitalisierung müssen wir zeigen, was schnell und problemlos möglich ist. Eine gesetzliche Experimentierklausel kann die Ressorts ermächtigen, von landesrechtlichen Regelungen und Standards landesweit oder auf bestimmte Regionen oder Kommunen beschränkt abweichen zu können, Modellregionen und Modellkommunen können beispielhaft neue Wege aufzeigen und deutliche Entlastungen bringen. Unter Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung und mit Zustimmung der Gremien vor Ort sollen solche Modellregionen zusätzliche Handlungsspielräume für mehr Eigenverantwortung eröffnen und den Abbau von Kontrolllichten und bürokratischen Belastungen sowie die Erleichterung unternehmerischer Initiativen erproben.

Soweit die Bürokratielast ihren Ursprung in bundesrechtlichen Bestimmungen hat, muss der Bund die Voraussetzungen für entsprechende Experimentierklauseln und Modellregionen schaffen. Der konkrete inhaltliche und räumliche Zuschnitt der Modellregionen soll dabei jeweils in Abstimmung mit den Beteiligten (Kommunen, Wirtschaft, Verbände) festgelegt werden. Denkbar sind auch Regionen und Kommunen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten. Wir wollen den Kommunen mehr zutrauen. Die Evaluierung der erzielten Ergebnisse soll darüber Aufschluss geben, was dauerhaft und flächendeckend umgesetzt werden sollte. Für einen raschen Abbau entbehrlicher Vorschriften über alle Rechtsgebiete hinweg sollte der Bund zeitnah Modernisierungsgesetze nach bayerischem Vorbild auf den Weg bringen.

Um in Bayern schnell voranzukommen, schlagen wir vor, dass der Landtag mit der Staatsregierung die bisherigen Ergebnisse der Arbeit des Beauftragten für den Bürokratieabbau, des Bayerischen Normenkontrollrates sowie der Enquete-Kommission des Bayerischen Landtages zu einem Gesamtkonzept zusammenführt. Begleitend sollte auch ein Gremium mit Experten aus unterschiedlichen Bereichen einen Blick von außen auf die staatlichen Strukturen werfen, bestehende Zuständigkeiten auf den Prüfstand stellen und vor dem Hintergrund fortschreitender Digitalisierung und neuer KI-Anwendungen konkrete Ideen und praktische Handlungsvorschläge zur Staatsmodernisierung entwickeln. Die Umsetzung soll dabei auch in enger Abstimmung mit den im Rahmen der Zukunftskommission #Digitales

- 79 Bayern 5.0 geschaffenen Gremien zur staatlich-kommunalen Zusammenarbeit für den
80 Bereich der Verwaltungsdigitalisierung erfolgen.